

Wirtschaft

Das „Wirtschaft“ erscheint mit täglichen Beilagen: Kunst, Religion, Kinderfreund sowie „Wolk u. Welt“. Inwieweit eingetragene Manuskripte für diese Beilagen bezugslos sind, ist im „Wirtschaft“ zu ersehen. Das „Wirtschaft“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Burg 42/44. Postgebäude zwei Treppen. Fernsprech-Nr. 4687. Verlags-Veranstaltung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Verlagsbedingungen: Der Verkaufspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für 4000er 180 Mark. Verkaufspreis monatlich 2 Mk. ab Vorwärts ab. 2. Vorwärts ausgehelt 2,40 Mk.; bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,00 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 20 Pfg. im Kleinanzeigen- und Witzblatt. — Hauptverlag: Halle, Burg 42/44. Fernruf 4606. — Zweigverlag: Dr. Ulrichstraße 27. — Postfachkonto 2839 Erfurt

Die Geschädigten der Stadtbank-Mißwirtschaft.

Die Methoden der Kredit- und Hypothekeneinwilligung. / Der vergebene 100 000-Mark-Wechsel des Direktors. / Warum die Gewerbesteuer-Erhöhung? / Bauten, die nicht ausgeführt werden konnten.

Neue Streiflichter.

— Halle (Saale), 30. August.

Nach und nach ist die gesamte halle'sche Einwohnerschaft in die heftigste Erregung über den unerhörten Stadtbankfandal geraten. Keine Veranschölichung, keine Geschwätzerei, keine Verharmlosung. Diese Erregung wächst in dem Maße, wie die Zunahme des Bewußtseins, daß das für die Stadt in der Stadtbankangelegenheit eine ausfallende Rolle spielt. Das Verhalten der bürgerlichen Presse, die mit dem schwerbelasteten Magistrat natürlich nach wie vor auf das innigste zusammenarbeitet und von ihm seine „wohlmeinenden“ Ratsschläge zur weiteren Vertiefung des Stadtbankfandals erhält, löst naturgemäß in den Geschädigten die heftigste Erbitterung aus, und der Kreis der Geschädigten erweist sich als immer größer.

Durch die in der Stadtbank unter Aufsicht des Bürgermeisters Engel geleitete Geschäftstätigkeit sind halle'sch nicht nur Millionen Kredite an halle'sche unwürdige Firmen und Personen gegeben worden. Große Gewerbetreibende, einschlägige Firmen und kreditwürdige Unternehmungen, die nicht über die erforderlichen Beziehungen zur Stadtbank bzw. zum Bürgermeister Engel geleiteten Stadtbankausföhrungen verfügten, wurden kalfischmäßig abgewiesen. Das Kapitel der Wechselkreierei, eine der dunkelsten in der Stadtbankaffäre, werden hier noch bei anderer Gelegenheit zur Orientierung der Öffentlichkeit in rechte Licht rücken. Wie sicher sich jedoch Herr Wenger nach zu einer Zeit fühlte, wo in einzelnen kommunalpolitischen Kreisen die Stadtbankaffäre bereits publik war, und wie sicher er vor allen Dingen des Wohlwollens der an der Verfestigung des Standals dringenden interessierten Herren Rie und Seydel war, geht allein aus der Tatsache hervor, daß man gelegentlich seiner Entlassung noch einer jener berühmten zur Ausgabe vorgezeichneten Wechsel mit seiner Namensunterzeichnung fand, der in diesem Fall auf die Kleinstganz von 100 000 Mark lautete.

Aber nicht nur in der allgemeinen Kreditvergebung, sondern auch in der Verleihung von Privatgrundstücken mit halle'schen Hypotheken hat die Stadtbank geradezu fabelhaft gearbeitet. Auch hier herrscht der sehr dringende Verdacht, daß die Verleihung einer ausfallenden Rolle gespielt hat. War der Hypothekennachweise ein guter Freund oder Bekannter, so wurde sein Grundstück in der wohlklingendsten Weise tagiert. Ein Unternehmer in Halle, für das kein Mensch mehr als 150 000 Mark geben würde, wurde auf 250 000 Mark tagiert, eine entsprechende Hypothek bereitwillig genehigt. In einem anderen Falle wurde dem Besitzer eines Grundstücks, dessen Baugrund in der Vorkriegszeit allein 50 000 Mark kostete und dessen Kaufpreis sich auf circa 250 000 Mark belaufen, auf dieses neue labellose Grundstück die verhältnismäßig kleine Hypothek von 30 000 Mark verweigert, obwohl bei dem Mangel an Spielräumen in Halle die bestmögliche Verwertung der nachgekauften Hypothek im dringenden Verkehrsinteresse der Stadt Halle gelegen hätte. Aber der fröhlige Grundstücksbesitzer gehörte nicht zu den schwarzweißen Freunden der Stadtbankleitung und des Stadtbankausföhrers. Außerdem waren in diesem Spezialfalle die Gelder der Stadtbank, einige Millionen der Stadtbanklage, weitere Millionen Einnahmen aus den verordneten halle'schen Betrieben bereits in so unfinniger Weise verpulvert worden, daß man für das genannte Institut und die genannte Finanzverwaltung diesen Umständen „mildern“ ins Feld führen kann.

Aus diesen beiden Fällen — sie liegen sich beliebig vermehren — ist zu ersehen, daß durch die Verschwendung der halle'schen Gelder an zweifelhafte und unwürdige Firmen und Personen ernsthafteste Materialschonungen schwer geschädigt worden sind. Damit ist jedoch der Kreis der in Mitleidenschaft gezogenen keineswegs erschöpft. Erst vor einigen Wochen haben sich die Handel- und Gewerbetreibenden von Halle zusammengeschlossen, um gegen die neue halle'sche Gewerbesteuer auf das bestmögliche zu protestieren. Der Magistrat der Stadt Halle verachtete die billigen Trümpfe, darauf hingewiesen, daß in der Stadtbankverfallenerklärung die Vertreter der beschädigten Parteien der Erhöhung dieser Steuer zugestimmt hatten. Er verzögerte jedoch, daß die von ihm vorgemerkte exorbitante Erhöhung der Gewerbesteuer ebenfalls eine Folge des Stadtbankfandals ist, und daß dieser Stadtbankfandal in seinem, dem Magistrat bekannten Umfang der Stadtbankverfallenerklärung in seinem vollen Umfange verzeichnet worden war. Die Handel- und Gewerbetreibenden, die heute Gewerbesteuer und Gewerbesteuerzuschläge leisten müssen, daß ihnen die Augen übergeben, Steuern zahlen müssen, die ihre Existenz in vielen Fällen direkt bedrohen, müssen sich ebenfalls bei unserem

finanzgenialen Magistrat und seiner päpstlichen Zeitung, dem Herrn Rie, dem unsehbareren Namen, bedanken.

Vor einigen Tagen fand eine Sitzung der Handelskammer statt, die vom Magistrat über die Gewerbesteuer Aufklärung haben wollte. Der Vertreter des Magistrats begründete die Höhe der Gewerbesteuer mit den hohen Ausgaben für die Erwerbslosen. Wir müssen doch schon sagen, daß diese Argumente ein verdammt häßliches Spiel sind. Denn bekanntlich gehört Halle glücklicherweise nicht zu den großen Industriestädten, in denen die Erwerbslosigkeit jene beängstigende Höhe erreicht hat, wie im Ruhrgebiet und anderswo. Wenn der Magistrat darum die außerordentliche Erhöhung der Gewerbesteuer auf die Pflichten der Kommune gegenüber den Erwerbslosen zurückführt, dann erlauben wir uns zu bemerken, daß er auf diese Weise die wahre Ursache, nämlich die Millionenverschwendung städtischer Gelder durch die Unfähigkeit leitender Personen, verschweigt und einen billigen zu haben den Scheinboden vorstelt. Die Handel- und Gewerbetreibenden der Stadt Halle sind nach unserer Darstellung über die Finanzlöcherlichkeit vollkommen im Klaren, darüber, daß sie jetzt das Geld herbeischaffen haben, das in leichtsinniger Weise millionenfach verschleudert worden ist. Wenn der Magistratsvertreter in der erwähnten Sitzung sich für das gemeinsame Zuschlagrecht zur Einkommensteuer erwärmt, um der Kommune höhere Einnahmen zu verschaffen, so können wir nur sagen, es ist ein wahres Glück, daß dieses gemeindliche Zuschlagrecht noch nicht eingeführt ist, denn sonst hätte wahrscheinlich der Magistrat vor weit mehr weiteren Millionen in die Stadtbanknotwendigkeit hineingeführt, und dem Standal noch auf weitere Monate hinaus zu verschleppen.

Das ganze halle'sche Leben läuft überhaupt unter dem direkten und indirekten Einfluß der großen Verluste des halle'schen Finanzinstitutes. Eine Reihe großer Bauten, deren Durchführung für dieses Jahr geplant war, konnte nicht in Angriff genommen werden. Damit entstand eine enorme Schädigung des Arbeitsmarktes Tausend und mehr Arbeiter der Stadt Halle verlor durch die Stadtbank-Lotteriewirtschaft ihre Erwerbslosigkeit bzw. die Fortdauer ihrer Erwerbslosigkeit. Unzählige selbständige Existenzen gewerblicher Art verlor durch die Verschüttung des Geldes dem Mangel der Stadt an flüssigen finanziellen Mitteln. Der Personalkreis, der durch die halle'sche Finanzlöcherlichkeit direkt oder indirekt geschädigt worden ist, kann gar nicht genug angegeben werden. Die einzigen Nichtgeschädigten, finanziell Nichtgeschädigten, sind die Herren Rie und Engel, denn es ist ja hinreichend bekannt, daß der durch den halle'schen Stadtbank-Standal nunmehr innerhalb der Grenzen unseres lieben Vaterlandes bestens bekannte Oberbürgermeister Dr. Rie, der derzeitige halle'sche Provinziallandtagsabgeordnete, frühere freiwillige Kommunalpolitiker, die Hoffnung auf die Verbilligung seines Ministergehälts nach wie vor aufrechterhält und den von ihm mitverursachten Ruin der Stadtfinanzen mit seiner persönlichen Gehaltszahlung von 21 717 Gehaltsaufschüssen im Gegenfall zur Einmischung der Stadt Halle zu vermindern hofft. (Siehe auch Seite 3.)

Regierungspräsident und halle'sche Stadtbank.

Der Regierungspräsident teilt uns mit:

Die Bankabteilung der Stadtsparkasse Halle ist am Anfang August 1926 einer erneuten mehrwöchigen Prüfung durch zwei Revisoren der Girozentrale in Magdeburg und einen Revisor des Regierungspräsidenten in Merseburg unterzogen worden. Hierbei haben sich leider äußerst bedauerliche Zustände ergeben, die die finanzielle Lage der Bankabteilung gegenüber den Ergebnissen der bereits im November 1925 vorgenommenen Prüfung noch weiter verschlechterten. Das bereits im Juni 1926 vom Herrn Oberstaatsanwalt in Halle gegen den vormaligen Bankdirektor Berger eingeleitete Strafverfahren wird auf Grund des erneuten Prüfungsresultates nicht nur auf diesen, sondern aller Voraussicht nach auf mehrere andere Personen ausgedehnt werden müssen. Daneben wird die disziplinarrechtliche Seite der Angelegenheit von der Staatsverwaltungsbehörde — wie bereits bisher geschehen — nachdrücklich weiter verfolgt werden. Für das mit der Bankabteilung im Verkehr stehende Publikum besteht keine Veranlassung zu überleitenden Handlungen.

Probleme des Industrieunternehmertums.

Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Am 3. und 4. September verjammeln die Spitzenorganisationen des industriellen Unternehmertums, der Reichsverband der deutschen Industrie, ihre Mitglieder zur Jahresversammlung in Dresden. Rund 1500 Führer der Wirtschaft, werden sich hier mit den wichtigsten Problemen der Wirtschaftspolitik und Handelspolitik befassen. Mehr als tausendmal sozialer Gewerkschaften werden darauf, daß diese „Führer der Wirtschaft“ am endlich zu den Taten kommen, die einem großen Teil des Volkes wieder zu Arbeit und Brot verhelfen. Was kann die Unternehmertagung in dieser Beziehung an Positivem bringen?

Aus den vorgelegenen Referaten wird ersichtlich, daß es wieder um überwindenden Zeit herbeigerufen werden muß, die an die Arbeit gehen werden, die der Reichsverband im Zusammenhange, behandeln wird. Das Hauptreferat des geschäftsführenden Präsidiumsmitglied, Geheimrat Kapf, lautet: „Wirtschaftspolitische Forderungen der Industrie“. Am zweiten Tage werden Generaldirektor Dr. Silberberg über: „Deutsches Unternehmertum in der Nachkriegszeit“ und Staatssekretär a. D. von Simon über „Ziele und Methoden der deutschen Handelspolitik“ sprechen. Zwischenbruch wird Reichsfinanzminister Reichhold über „Finanz- und Wirtschaftspolitik“ referieren, während Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit einer Rede über: „Deutsche Exportförderung im Rahmen der Weltwirtschaftspolitik“ den programmatischen Teil der Tagung beschließen wird. Von hoch, ein wertvolles Programm, in dem die Wirtschaft der Welt, die an dem Staat mit Bezug auf besten Finanz- und Wirtschaftspolitik vorherrschen. Was aber heute in der Zeit der Not und Depression am meisten notat, ist die Selbstkritik der deutschen Industrieunternehmertums, eine Selbstkritik, die der Wirtschaftsführung neue Wege zu weisen und von dem Beispiel fremder Länder das zu übernehmen hätte, was auch für den deutschen Volk und für die Beschäftigung der deutschen Arbeiterchaft von Wichtigkeit ist.

Im stärksten Tempo ist die Rationalisierung in Deutschland fortgeschritten. Was vor einem Jahre noch Gegenstand theoretischer Diskussionen oder langwieriger Verhandlungen war, ist vollendet Tatsache geworden. Gewaltige Kraftgebilde sind durch den Zusammenstoß der heimischen Industrie und große Teile der Exportindustrie entstanden. Die Wirtschaft der deutschen Industrieunternehmertums als Vorbild und Beispiel wird, sondern die auch am Weltmarkt eine beherrschende Stellung einnehmen. Neben den Riesentrümpfen ist gleichzeitig bei Groß-, Mittel- und Kleinunternehmungen aller möglichen Gewerbegebiete die Entwicklung zum Trutz oder zur trutzartigen Interessengemeinschaft fortgeschritten und es vergeht kaum eine Woche, ohne daß die Handelspreise nicht einen neuen Zusammenstoß solcher Art zu erleben wüßte. Die Umorganisation der deutschen Wirtschaft ist noch in vollem Fluß; ihre Anpassung an amerikanische Produktionsmethoden hat sich vielerorts in überaus raschem Tempo vollzogen. Die Produktionskosten konnten so wesentlich gesenkt werden. Da aber dieser Gewinne nicht gleichzeitig eine entsprechende Preisparallaxie gina, konnten die Unternehmen am Weltmarkt nicht eintreten. Nur die Kapitalrenten hat bisher den Nutzen von jener Umorganisation der Industrie gebracht.

Hier müßte die Tätigkeit des Reichsverbandes amüßig einlegen. Es ist bekannt, daß eine große Zahl praktischer Wirtschaftsführer und Wirtschaftstheoretiker, die dem Reichsverband nahesteht, sich durchaus nicht dieser Gedankenengungen verabschieden. Die Praxis sieht jedoch anders aus. Immer noch sucht man an vielen Stellen die Löhne niedrig zu halten, wenn nicht gar zu senken. Immer noch hält man an den hohen Preisen fest. Dabei wird aber gleichzeitig durch die Reorganisation der Betriebe die Leistungsfähigkeit der Industrie gesteigert. Das Wunder, wenn dann die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der Arbeitslosen, die im letzten halbjahre zu verzeichnen war, die eigentlich industriellen Reviere des Deutschen Reiches davon fast unberührt geblieben sind.

Es ist ein Problem kapitalistischer Wirtschaftsführung, das hier zu lösen ist. Die Anpassung der Produktion an den Verbrauch darf nicht weiter in der Weise vollzogen werden, daß man die Nachfrage durch hohe Preise kurz hält. Die Folge kann dann nur sein, daß sich der Konsum mindert und mindere Qualitäten verwendet, wie es heute in der Textilindustrie und im Schuhgewerbe zu beobachten ist. Weißt der inländische Verbrauch an Qualitätswaren auch weiter auf niedriger Stufe, so werden die dazu besonders geeigneten Betriebe dauernd unterbeschäftigt sein, infolgedessen auch zu hohe Produktionskosten haben, als daß sie am Weltmarkt konkurrieren könnten. Aus diesen und mehr noch aus sozialen Gründen muß die Reorganisation der Betriebe der Wirtschaftsführung der deutschen Industrie nun seinen Mittelpunkt ins Zentrum rufen. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat den Anlaß dazu nicht insbesondere Generaldirektor Dr. Silberberg haben, wenn er über das deutsche Unternehmertum in der Nachkriegszeit sprechen wird. Man ist geneigt, daß die Herren

